

Schweizerische Volkspartei der Stadt Luzern

Postfach 3901 - 6002 Luzern
info@svp-stadt-luzern.ch - www.svp-stadt-luzern.ch



MEDIENMITTEILUNG

Keine Anti-Wef-Demo in Luzern!

Das sogenannte Anti-Wef-Bündnis Luzern hat ein Gesuch für eine Demonstration am 23. Januar in Luzern eingereicht.

Gemäss Mitteilung der Organisatoren besteht das Bündnis zurzeit aus den Jungsozialisten Luzern, der Unia Jugend Schweiz und einer unbekanntenen Gruppierung mit dem Namen "Lagota".

Auf Ihren Flugblättern, die schweizweit verteilt werden; werben sie mit dem Slogan „Kapitalismus abfackeln“.

Erfahrungen mit allen bisherigen Anti-Wef-Demos, aus Zürich und Bern zeigen es:

Was mit einer als friedlich schönegeredeteten Demonstration anfängt, endet immer gleich: Ein riesiges Polizeiaufgebot mit Kosten von erfahrungsgemäss bis zu 250'000 Franken (wie die Aktion „Freiraum“ vom 1. Dezember 2007 in der Stadt Luzern, mit den nun wieder teilweise gleichen Aktivisten) kann nicht verhindern, dass diese Aktion mit eingeschlagenen Schaufenstern, brennenden Containern und riesigen Sachschäden endet.

Zudem zeigen frühere Erfahrungen auch mit der Unia in der Stadt Luzern, dass sich diese an die gemachten Demonstrationsauflagen sowieso nicht halten. Mit der Folge, dass die gesamte Innenstadt für Stunden blockiert ist und der Ausnahmezustand herrscht, da eine solche Anti-Wef-Demonstration erfahrungsgemäss auch gewalttätige Linksextreme vom Schwarzen Block wie Motten das Licht anzieht.

Es gab noch nie eine Anti-Wef-Demonstration ohne Ausschreitungen. Das wäre auch in Luzern nicht anders.

Die SVP der Stadt Luzern bittet die Verantwortlichen eindringlich, eine solche Demonstration nicht zu bewilligen. Unabhängig vom Entscheid ist auch sicherzustellen, dass alle Gesuchsteller, vorgängig zweifelsfrei bekannt sind. Es darf nicht angehen, dass unbekannte Personen und Gruppen Gesuche einreichen.

Wird illegalerweise trotzdem eine Demonstration durchgeführt, sind die Verantwortlichen zu verhaften, erkennungsdienstlich zu behandeln und auf Schadenersatz zu verklagen. Ebenso die Anstifter, also die Gesuchsteller der Demonstration.

Ausserdem ist das Vermummungsverbot rigoros durchzusetzen.

Rückfragen an: Pirmin Müller, 079 513 34 33